

14.06.2022

N i e d e r s c h r i f t

über die 11. (913.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am Dienstag, den 14.06.2022, 19.30 Uhr, im großen Saal im Haus der Insel

Es sind erschienen:

Ratsvorsitzender Gerrit Agena
Stv. Bürgermeisterin Ines Mühlinghaus
Stv. Bürgermeisterin Gerda Spies
Ratsherr Uwe Garrels
Ratsherr Jan Martin Janssen
Ratsfrau Bärbel Kraus
Ratsfrau Daniela Peters
Ratsherr Till Martin Peters
Ratsherr Michael Recktenwald
Ratsherr Rüdiger Schmidt

Es fehlt entschuldigt:

Bürgermeisterin Heike Horn
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Kämmerin Cornelia Baller
Tourismusmanager Nils Jenssen
Protokollführung Katja Heimes

Als Gast:

EBL Dr. Jochem Beißel
Abteilungsleiter Marc Sjuts

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Agena eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Ratsfrau Kraus verweist auf den Tagesordnungspunkt 14. Sie habe schon im Verwaltungsausschuss darum gebeten im Betreff mit aufzuführen „Antrag Bündnis 90/Die Grünen – Recktenwald“.

Ratsherr Garrels fragt, ob wirklich zu jedem Antrag im Betreff der Antragsteller aufgeführt werden soll. Die Betreffzeile würde dadurch teilweise unendlich verlängert. Seines Erachtens gehe es um den Inhalt der Vorlage und nicht darum, wer ihn gestellt habe.

Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die 6. (908.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 19.04.2022

Die Niederschrift über die 6. (908.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 19.04.2022 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 5: Genehmigung der Niederschrift über die 7. (909.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 28.04.2022

Die Niederschrift über die 7. (909.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 28.04.2022 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 6: Genehmigung der Niederschrift über die 8. (910.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 28.04.2022

Die Niederschrift über die 8. (910.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 28.04.2022 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 7: Genehmigung der Niederschrift über die 9. (911.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 26.04.2022

Die Niederschrift über die 9. (911.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 26.04.2022 wird 10 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Zu Punkt 8: Genehmigung der Niederschrift über die ordentliche öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 05.04.2022

Die Niederschrift über die ordentliche öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 05.04.2022 wird einstimmig genehmigt.

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert, dass eine Niederschrift bisher immer erst in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses genehmigt wurde. Da dies teilweise sehr lange dauern könne, habe der Rat im März seine Geschäftsordnung angepasst. Die Niederschriften der Sitzungen, die nicht im nächsten Sitzungsmodus stattfinden, würden jetzt im Rat genehmigt, damit zeitnah eine Veröffentlichung stattfinden könne. Hier stimmen nach der Geschäftsordnung nur die Mitglieder des jeweiligen Ausschusses ab.

Zu Punkt 9: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Keine.

Zu Punkt 10: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 11: Bekanntgabe einer Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG

**hier: Obdachlosenwohnheim „Am Wald 68 A/B“
Lieferung einer mobilen Wohneinheit als Ersatzbau zur vorübergehenden Unterbringung von Bedürftigen
hier: Auftragsvergabe
(s. Vorlage VO22-056)**

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert den Sachverhalt.

Der Rat nimmt die Eilentscheidung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 12: Bekanntgabe einer Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG
hier: 9-Euro-Ticket
(s. Vorlage VO22-109)**

Bürgermeisterin Horn erläutert den Sachverhalt.

Der Rat nimmt die Eilentscheidung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 13: Antrag von Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog-Recktenwald zu einem Prüfauftrag zur Einrichtung von Photovoltaik-Solarthermie-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden
(s. Vorlage VO22-100)**

Ratsvorsitzender Agena verliest die Vorlage.

Ratsfrau Kraus berichtet über ein Gespräch mit Abteilungsleiter Sjuts. Die Liegenschaften der Inselgemeinde seien nicht alle in einem Zustand, um auf den Dächern Solaranlagen anbringen zu können. Die niedersächsische Regierung habe ab 2025 eine Solarpflicht für alle beschlossen. Man habe jetzt noch drei Jahre Zeit und wolle diese Übergangszeit nutzen. Sie verweist auf den Beschlussvorschlag bei kommunalen Neubauten regenerative Energien einzubauen. Die finanzielle Leistungsfähigkeit bei Bauten werde vorausgesetzt, zumal es Förderungen gebe. Bei der Sanierung von Bestandsbauten sollten die regenerativen Energien Vorrang haben. Sie bittet dem Beschlussvorschlag a) zu folgen.

Der Rat beschließt einstimmig, dass kommunale Neubauten im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit und technischen Möglichkeiten mit regenerativen Energien auszustatten sind. Im Zuge der Sanierung von Bestandsgebäuden sind die Möglichkeiten des Einsatzes regenerativer Energien zu prüfen. Bei der Aufstellung bzw. Änderung von Bebauungsplänen wird die Erzeugung regenerativer Energie verpflichtend, anhand der Muster-Festsetzung von Photovoltaikanlagen in Bebauungsplänen von der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen festgesetzt.

**Zu Punkt 14: Erarbeitung eines Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkonzeptes für Langeoog
(s. Vorlage VO22-101)**

Ratsfrau Kraus erklärt, es handle sich um eine neue Förderung der Bundesregierung, die erst im Januar d. J. rausgegeben wurde. Zu der Zeit habe man noch nicht ahnen können, welche Wende in der Energieversorgung kommen würde. Die Kommunen seien verpflichtet auf die Klimaneutralität zu kommen. Daraufhin sei der Antrag erarbeitet worden. Sie verweist auf den letzten Absatz der Vorlage und die Einrichtung einer Stelle für einen Klimabeauftragten durch die Inselgemeinde. Sie weist auf die Förderung hin. Wenn die Stelle vorher besetzt würde, würde die Förderung verloren gehen. Man schätze den Aufwand der Personalkosten auf etwa € 100.000,00. Die Förderung würde 70% betragen. Dies würde für die Gemeinde Langeoog einen jährlichen Aufwand von € 30.000,00 bedeuten. Die Förderung sei für maximal fünf Jahre vorgesehen. Sie bittet die Förderung zu beantragen.

Bürgermeisterin Horn erläutert die Vorgehensweise. Zuerst würde beantragt und wenn dem stattgegeben werde, erfolge eine Einstellung. Die Maßnahme dürfe nicht begonnen sein, da es ansonsten keine Fördergelder gebe.

Ratsfrau Kraus verweist nochmals auf die Vorlage und den letzten Absatz. Sie habe mit der Klimaschutzagentur gesprochen. Es würde nicht der TSL die Förderung beantragen, sondern die Kerngemeinde. Trotz des Entschuldungsvertrages und der Zahlen der Kerngemeinde könne ein Antrag gestellt und genehmigt werden.

Kämmerin Baller verweist auf die Ausführungen im Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Landschaftsausschuss. Der Entschuldungsvertrag gelte sowohl für den TSL als auch für die Gemeinde. Solange der TSL Verluste habe, müsse der Gemeindehaushalt ausgleichen. Der NULA habe empfohlen dem Beschlussvorschlag zu folgen. Man müsse aber die Finanzierung beachten und sich fragen, was für diese Ausgabe eingespart werden soll.

Allgemeiner Vertreter Heimes stellt richtig, es gehe nicht darum, ob man die Maßnahme wolle oder nicht. Es gehe darum, dass zuerst der Antrag gestellt werden müsse um weiter vorgehen zu können. Zudem bestehe das Interesse parallel zu klären, ob es noch zusätzliche Fördermittel gebe, die sich nicht gegenseitig ausschließen. Es gehe darum die richtige Reihenfolge einzuhalten um die Fördermittel zu sichern.

Ratsherr Janssen äußert, man dürfe keine Angst vor der anstehenden Ausgabe von € 30.000,00 haben und verweist auf das eingesparte Geld durch Erreichen der Klimaschutzziele. Man werde von dem Klimaschutzbeauftragten profitieren. Der Beschlussvorschlag sollte dahingehend geändert werden, dass erst der Antrag gestellt werde. Er unterstütze die Ausarbeitung von Ratsfrau Kraus.

Ratsherr Garrels schließt sich Ratsherrn Janssen an. Beim Klimaschutz gehe es nicht nur um Geldersparnisse. Es gehe darum weiter auf der Welt existieren zu können.

Ratsfrau Kraus stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag wie folgt zu erweitern:

Der Rat beschließt, die Erarbeitung eines Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkonzeptes unter Berücksichtigung aller Fördermöglichkeiten, insbesondere der Kommunalrichtlinie „Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) **(auf Einstellung oder Beantragung eines Klimaschutzmanagers)**, zu beschließen unter der Prämisse, einen neuen Arbeitsplatz zu planen, im Haushalt einzustellen und zu bewerben.

Der Rat beschließt einstimmig, die Erarbeitung eines Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkonzeptes unter Berücksichtigung aller Fördermöglichkeiten, insbesondere der Kommunalrichtlinie „Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) **(auf Einstellung oder Beantragung eines Klimaschutzmanagers)**, zu beschließen unter der Prämisse, einen neuen Arbeitsplatz zu planen, im Haushalt einzustellen und zu bewerben.

Ratsherr Recktenwald berichtet über ein vom Landkreis Wittmund eingerichtetes Klimaschutznetzwerk, dem er beigetreten sei. Es würden regelmäßig Tagungen mit kleinen Gruppen stattfinden. In dem Rahmen sei nun das Projekt „KomM“, ein Leitfaden zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes speziell für Kommunen, gestartet. Dies könne als Hilfe dienen.

Bürgermeisterin Horn weist darauf hin, dass dies auch unter Beteiligung der Bürger erfolgen könne.

Zu Punkt 15: Anträge und Anfragen

1. Ratsfrau Peters fragt nach dem Gespräch bezüglich der Rettungskette Strand.

Tourismusmanager Jenssen teilt mit, dass das Gespräch vor etwa vier Wochen stattgefunden habe und ein gutes, positives Ergebnis erzielt werden konnte.

2. Ratsfrau Kraus fragt nach dem Sachstand bezüglich der Strandaschenbecher und verweist auf den Betriebsausschuss am 21.04.2022. Dort sei festgehalten worden, dass verstärkt auf den Verkauf der Strandaschenbecher gesetzt und dies durch gezielte Marketingmaßnahmen schon am Anleger in Bengersiel, auf der Fähre sowie auch auf der Insel beworben werden sollte. Sie habe noch keine Werbung wahrgenommen und fragt, wann damit begonnen werde.

Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass Strandaschenbecher bestellt seien. Zusätzlich sollen 2.000 Dosen „kostenlos“ an den DLRG-Türmen ausgeben und am Ende des Ferienaufenthaltes dort wieder abgegeben werden. Das Verfahren soll zunächst vier Wochen auf Rücklauf getestet werden. Man hoffe auf den Anstand der Beteiligten die Dosen wieder zurückzugeben. Zusätzlich sollen an den Türmen Stahltonnen aufgestellt werden, in denen die Kippen entsorgt werden können. Sobald die Dosen geliefert seien, werde die Aktion auch beworben.

Tourismusmanager Jenssen ergänzt die Ausführungen. Das Marketing könne erst starten, wenn die Dosen geliefert seien. Dann erfolge die Werbung bereits in Bengersiel und auf den Fähren.

Ratsfrau Kraus ist der Meinung, dass im Betriebsausschuss auch der Beschluss gefasst worden sei die Taschenaschenbecher von tobacycle zu erwerben und anzubieten. Sie begrüßt die Aktion am Strand, bittet aber auch zu überprüfen, ob die Werbung für die Handaschenbecher ausgeweitet werden könne. Sie verweist auf den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen – Recktenwald. Im Ausschuss sei die Befürchtung von Rost bei den Strandaschenbechern geäußert worden. Auf Norderney stünden die Aschenbecher ohne zu rosten.

Tourismusmanager Jenssen verweist auf den Beschluss gegen tobacycle. Zunächst sollten versuchsweise zwei Bodenbehältnisse aufgestellt werden. Für die Bodenaschenbecher liegen Angebote vor. Man sei aber mit dem Ablauf in die Erde nicht zufrieden und suche nach Alternativen.

Ratsfrau Kraus erklärt, sie sei davon ausgegangen, Bodenbehältnis bedeute auf dem Boden aufgestellt und nicht im Boden eingelassen. Sie habe es missverstanden.

Bürgermeisterin Horn berichtet über die Spende von drei Kippenbehältnissen durch den Innerwheel-Club. Die Spende sei zunächst zur Klärung, ob es die richtigen Aschenbecher sind, zurückgestellt worden. Sie finde die Spende großzügig und werde das Angebot, wie im Verwaltungsausschuss besprochen, annehmen. Zum Zeitpunkt X werden die Aschenbecher an den besprochenen Stellen aufgestellt.

Ratsherr Garrels erklärt, dass Bodenaschenbecher nur Sinn machen, wenn kein Wasser rein- bzw. ins Grundwasser auslaufen könne. Das Verhalten des Wegwerfens sei das große Problem und sollte mit weiteren Marketingmaßnahmen begleitet werden.

3. Ratsherr Recktenwald verweist auf ein Beschilderungsproblem am Hundestrand. Am Strandabgang „Uli’s Kiosk“ stehe zwar noch ein Schild Hundestrand, entsprechend der Beschilderung am Strand sei dieser aber anscheinend 100 m weiter Richtung Süden gerutscht, was zu Problemen in der Kommunikation zwischen Strandbesuchern und Mitarbeitern führe.

Tourismusmanager Jenssen erklärt, dass die letzten drei Strandzugänge (Mutter-Kind-Kur, Hunpad und Kirchpad) als Zugang mit Hund ausgewiesen seien. Der Zugang könne aber nur mit einem angeleinten Hund auf dem Bohlenweg erfolgen, um den Hundestrand zu erreichen.

Es habe anscheinend Irritationen aufgrund eines Gesprächs zwischen einem Mitarbeiter des Strandteams und einem Gast gegeben. Dies konnte behoben werden. Die Beschilderung soll eindeutiger gefasst werden und es werde darauf geachtet, dass nördlich oder östlich von dem Strandcontainer das Betreten mit Hund nicht erlaubt sei.

Bürgermeisterin Horn ergänzt die Ausführungen, man verlasse sich auf die Erfahrungen des Strandteams. Die Mitarbeiter hätten sich eindeutig nur für ein Schild ausgesprochen, damit kein Schilderwald entstehe.

4. Ratsfrau Kraus verweist auf den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen – Recktenwald „Antrag gegen den Coronafrust“ für Langeooger Schüler und Auszubildende zum kostenlosen Erhalt von Restkarten für Veranstaltungen. Sie verweist auf Gespräche im Verwaltungsausschuss.

20.19 Uhr: Bürgermeisterin Horn bitte um eine Sitzungsunterbrechung.
Sie, Ratsvorsitzender Akena, Ratsfrau Kraus und Allgemeiner Vertreter Heimes verlassen den Saal.

20.23 Uhr: Die Sitzung wird fortgeführt

Bürgermeisterin Horn hält den Antrag für sinnvoll. Es sei sofort gehandelt worden um dem stattgeben zu können. Viele Langeooger Institutionen werden den Antrag unterstützen. Im Rahmen des Ferienpasses sollen Gutscheine ausgegeben werden. Für die Umsetzung seien Spenden eingegangen bzw. angekündigt.

Zu Punkt 16: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten

1. Bürgermeisterin Horn äußert sich nochmals zum Thema Zigarettenkippen. Im Verwaltungsausschuss habe es bereits einen Austausch gegeben, wie weit man gehen wolle. Es gebe Kommunen, die für weggeworfene Zigarettenkippen ein Bußgeld aufrufen. Sie nennt Beispiele. Eine Höhe müsste vorher festgelegt und vom Rat verabschiedet werden, damit es eine geahndete Ordnungswidrigkeit werden könne. Man werde mit Rat und Verwaltung in einen noch intensiveren Austausch gehen. Damit verbunden wäre die Einstellung von Personal (Kontrolle). Sie gehe von einer Refinanzierung über die Bußgelder aus. Das gleiche gelte auch für einen ausgewiesenen Strandabschnitt. Es gebe Inseln, die nicht nur einen Nichtraucherstrand benennen, wie es auf Langeoog der Fall ist, sondern dort auch kontrolliert und geahndet werde. Es habe sich leider gezeigt, dass Freiwilligkeit nicht das richtige Instrument sei um solche Angelegenheiten zu klären.
2. Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass Langeoog zum dritten Mal mit der „blauen Flagge“ ausgezeichnet wurde. Sie dankt der Mitarbeiterin Frau Wittenberg für ihren Einsatz. Langeoog sei seinerzeit die erste Insel mit dieser Auszeichnung gewesen.
3. Bürgermeisterin Horn berichtet, dass der Antrag für den „Insellotsen“ erfolgt sei. Man hoffe auf eine Entscheidung, dass diese Stelle geschaffen werde. Es handle sich um eine Person, die sich originär um Inselbelange für die Einheimischen kümmere.

4. Bürgermeisterin Horn verweist auf das immer wiederkehrende Thema Müll und Mülltonnen. In früherer Zeit seien mehr Tonnen aufgestellt gewesen. Diese seien aber von Einheimischen und Zweitwohnungsbesitzern zur Entsorgung des Hausmülls genutzt worden, was zu einer Umverteilung auf die Gesamtgemeinschaft geführt habe, weil sich die Entsorgung erhöht habe. Hier bestünden Überlegungen, wie man dem Ganzen Herr werden könne. Sie weist auf die Pflicht der Gastronomie hin, ihren Müll aus verkauften Artikeln über eigene Müllsäcke zu entsorgen und nicht über von der Gemeinde zur Verfügung gestellte Abfallbehälter. Außerdem sei die Gastronomie zur Rücknahme von „to go-Behältnissen“ verpflichtet.

5. Bürgermeisterin Horn berichtet über das Thema „Unterkünfte für Flüchtlinge aus der Ukraine“. Bisher habe sich der Landkreis Wittmund gekümmert. Gesetzlich sei geregelt, dass es die Kommunen machen dürfen, wobei schnell die Endlichkeit erreicht sei. Kurzfristig könnte das Thema auf Langeoog zukommen und es müssten adäquate Unterkünfte zur Verfügung gestellt werden. Der Landkreis versuche aktuell noch im Großraum Wittmund andere Möglichkeiten zu schaffen. Die Rechtslage habe sich geändert. Flüchtlinge fallen jetzt unter das SGB II und würden mit Hartz 4 Empfängern gleichgestellt. Rat und Verwaltung hätten sich ausgetauscht, wie im Zweifel damit umgegangen werden soll, weil man nicht nur eine gesetzliche, sondern auch eine moralische Pflicht habe. Wer Flüchtlinge aufnehmen wolle, könne sich gerne im Rathaus melden. Mietverträge werden über den Landkreis Wittmund abgeschlossen.

6. Bürgermeisterin Horn teilt mit, sie sei im Rahmen der Ärztetagungen mit der Bitte angesprochen worden, ab nächsten Jahr wieder eine Versorgung bzw. ein Catering zur Verfügung zu stellen. In diesem Jahr hätten die Ärzte sich selber versorgt. Im gleichen Zuge hätten sich die Veranstalter besonders für die Mitarbeit des Teams des Tourismus-Service bedankt.

Zu Punkt 17: Einwohnerfragestunde

Cornelia Donner

Frau Donner bittet nochmals die Situation der Wegeführung am Hundestrand zu erläutern. Sie habe gehört der Weg sei nur als Einbahnweg zu gehen.

Bürgermeisterin Horn erklärt, die Aussage sei nicht vom Tourismus-Service gekommen. Der Mitarbeiter, der das gesagt haben soll, hat das Gespräch aus seiner Sicht erläutert und eine solche Aussage nicht getätigt. Es gebe keinen Einbahnweg am Strand. Es gehe darum, dass Hundebesitzer mit ihren Hunden nicht zwischen den Strandkörben laufen, sondern den Plankenweg nutzen. Es werde ein weiteres Schild aufgestellt, das dies nochmals verdeutlichen solle.

Zu Punkt 18: Schließung der Sitzung

Ende der Sitzung: 20.40 Uhr



 Gerrit Agena
 Ratsvorsitzender



 Katja Heimes
 Protokollführerin



 Heike Horn
 Bürgermeisterin